

# Haushaltsrede der Liste



---

## Gemeinderat Wilfried Jahraus

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stober,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Obwohl eigentlich die Beratungen zum Haushalt schon zeitig in 2016 begonnen und auch Beschlüsse zu Gebühren und Hebesätze gefasst wurden, konnte der Haushalt nicht schon im Dezember 2016 verabschiedet werden. Das lag nach Aussage der Verwaltung vor allem daran, dass wichtige und für eine seriöse Haushaltsplanung erforderlichen Zahlen und Angaben nicht vorlagen. So liegen, nur als Beispiel, bis heute noch keine gesicherten Einwohnerzahlen aus dem Zensus vor, auf deren Basis sich die Zuschüsse vom Land errechnen. Immerhin sind wir in diesem Jahr 4 Monate früher als im Haushaltsjahr 2016 und das stimmt zuversichtlich, dass wir im kommenden Jahr traditionsgemäß, wie in der Gemeindeverordnung vorgeschrieben, im Dezember den Haushalt verabschieden können.

Die Voraussetzungen für den Haushalt 2017 waren besser, als noch bei der Verabschiedung des Haushaltes 2016 prognostiziert. Das lag zum einen an den positiven Jahresabschlüssen 2015 und 2016, aber auch daran, dass einige Maßnahmen, die im letzten Haushalt geplant waren, nicht zur Ausführung kamen oder erst 2017 haushaltswirksam werden. Der Haushalt 2017 hat ein Gesamtvolumen von knapp unter 49,6 Mio. Euro. Der Etat im Verwaltungshaushalt ist mit 42,6 Mio. € angesetzt. Darin enthalten sind unter anderem 5,4 Millionen eigene Steuereinnahmen, 19,3 Millionen Euro Zuweisung und Steueranteile vom Land sowie 7,9 Millionen andere, die sich gleich wieder um 11,2 Millionen Euro verringern, die wir an Umlagen wie Finanz- Gewerbesteuer- und Kreisumlage abführen müssen. Letztendlich bleiben der Gemeinde aus der Gewerbesteuer, von 1 €, den sie einnimmt 2-3 Cent. Soviel zu den fast täglichen Nachrichten der letzten Wochen, dass die Steuereinkommen so hoch sind wie noch nie. Leider kommen die bei den Kommunen nicht an. Letztendlich bleiben für den Vermögenshaushalt 400.000 Euro übrig. Dies ist deutlich zu wenig, um die notwendigen Abschreibungen zu erwirtschaften, die bei 2,8 Millionen Euro liegen. Gleichzeitig steigen aber die Ausgaben für Aufgaben wie Kinderbetreuung, Wohnräume für Flüchtlinge, die den Gemeinden aufgebürdet werden. Doch alle anderen Gemeinden und Städte im Land sind im selben Dilemma und klagen hilft --- uns nicht weiter. Da hilft nur einsparen, wo immer es möglich ist. In einer Gemeinde ist es letztlich nicht anders, als im privaten Bereich und bei der immer wieder zitierten „Schwäbischen Hausfrau“: Man sollte nicht mehr ausgeben, als man einnimmt. Das ist aber leichter gesagt, als getan. Um unseren wichtigsten Aufgaben gerecht zu werden sind zwar keine Kredite im Kernhaushalt erforderlich, aber aus dem Sparstrumpf müssen wir 4,4 Mio. Euro entnehmen, in dem sich dann am Ende des Jahres noch 11,2 Millionen befinden. Das Kuriose daran ist, dass wir dafür, dass wir ein einigermaßen gutes Rücklagepolster bilden, um für die enormen Aufgaben, die in den kommenden Jahren noch anstehen, einigermaßen gerüstet zu sein, bestraft werden, indem wir dafür Strafzinsen zahlen müssen. Die 1,9 Millionen Schulden resultieren aus dem zinslosen Darlehen für den Bau der Anschlussunterbringung in der Kruppstraße. Die Tilgung ist durch den Kostenersatz der Unterbringung vom Landratsamt gesichert.

Einer der größten Posten, wie schon in den letzten Jahren, ist die Kinderbetreuung. Das Defizit beläuft sich in diesem Jahr in unserem Haushalt auf über 5 Mio. Euro. Für die Kinderbetreuung gibt es aus unserer Sicht nur zwei Möglichkeiten, das Defizit zu verringern. Dies sind zum einen die Einschränkung des Angebots und zum anderen eine Erhöhung der Gebühren. Der Gemeinderat hat sich daher mehrheitlich dafür ausgesprochen, die Gebühren für das kommende Jahr um 3% bzw. 6% zu erhöhen. Diese Gebührenerhöhung liegt aber prozentual unter der Steigerung der Personalkosten im vergangenen Jahr. Das wird also auf Dauer nicht ausreichen, um den vom Gemeindegang ausgesprochenen Kostendeckungsgrad von 20% zu erreichen, der zurzeit bei uns, bei um die 14% liegt. Das heißt, wenn wir keine adäquate Gebührenerhöhung wollen, so müssen wir vor allem über Einsparungsmöglichkeiten bei unseren Angeboten nachdenken. Daher war es richtig zu beschließen, zum 31. August 2017 das Angebot der Regelbetreuung auslaufen zu lassen, da die Nachfrage zu gering ist. Alleine dadurch können 46,000 Euro pro Jahr Personalkosten eingespart werden. Grundsätzlich müssen die Belegungszahlen in allen Kindergärten unserer Gemeinde im Blick behalten werden und wenn möglich, kleinere Gruppen zusammenlegen und über die Einschränkung freiwilliger Leistungen nachdenken, auch wenn das unpopulär ist. Solange der Bund und das Land nur vorschreiben, wie die Kinderbetreuung aussehen muss und welche Leistungen angeboten werden müssen, sich aber trotz „sprudelnder Steuereinnahmen“ nicht angemessen an den Kosten beteiligen, werden viele Städte und Gemeinden in den nächsten Jahren noch mehr überschuldet sein.

Man kann zur Flüchtlingspolitik stehen wie man will, Tatsache ist, dass unsere Gemeinde für 150 Personen Wohnraum in einer Anschlussunterbringung hat schaffen müssen. Dazu wurde in der Kruppstraße ein Wohnheim mit 18 Wohnungen geschaffen, das für 70 Menschen Platz bieten wird. Dort werden in den nächsten Wochen Flüchtlinge einziehen. Für die 80 Menschen, die wir dann im kommenden Jahr noch aufnehmen müssen, müssen wir vorerst, wie es zunächst vorgesehen war, keine weiteren Wohnungen bauen. Da die GU am Schröcker Tor nicht ausgelastet ist, konnte Bürgermeister Stober in Verhandlungen mit dem Landratsamt erreichen, dass wir dort nicht belegte Container für zwei Jahre vom LRA anmieten, in denen wir diese Flüchtlinge unterbringen können. Damit hätten wir dann unser Kontingent erfüllt und das verschafft uns etwas Luft an der Flüchtlingsfront. Weitere Wohnungen sollen am Hagsfelder Weg errichtet werden. Wieviel, ist von der weiteren Entwicklung abhängig. Der Bebauungsplan wurde vom Gemeinderat im vergangenen Jahr genehmigt. Dazu läuft derzeit die Offenlage mit Beteiligung der Träger Öffentlicher Belange. Parallel dazu laufen die Planungen, für die im Haushalt 660 Tausend Euro eingeplant sind. Wichtig war der Liste Eggenstein-Leopoldshafener Bürger, dass dort die Möglichkeit besteht, bei Bedarf nicht nur für Flüchtlinge Wohnraum zu schaffen, sondern auch für sozial Bedürftige oder Studenten.

Ein großer Betrag von 2,5 Millionen ist in diesem Jahr für den zweiten Bauabschnitt an der Gemeinschaftsschule vorgesehen. Anfangs sah die Liste Eggenstein-Leopoldshafener Bürger e.V. der Einrichtung einer Gemeinschaftsschule mit gemischten Gefühlen entgegen, vor allem deshalb, weil es zu der Zeit noch zu viele Unbekannte gab und selbst das Schulamt auf viele Fragen noch keine Antworten geben konnte. Aber nachdem die Schülerzahlen unserer Werkrealschule so stark abgesunken waren, dass unser Schulstandort mittelfristig gefährdet war, haben auch wir den Beschluss des Gemeinderates zur Einrichtung einer Gesamtschule mitgetragen. Heute ist die Gesamtschule gut angelaufen und erfreut sich auch an anderen Standorten landesweit großer Beliebtheit. Wir sind der Überzeugung, dass die Einrichtung einer GMS ein guter Beschluss war und diese in den letzten drei Jahren eine gute Entwicklung genommen und sehr an Zuspruch gewonnen hat. Dafür wollen wir an dieser Stelle der Schulleiterin Frau Karl und dem Lehrerkollegium für ihre hervorragende Arbeit und ihren Einsatz unseren Dank aussprechen.

Die Verbesserung und der Erhalt des ökologischen Lebensraumes des „Alten Hafens“ war schon immer ein großes Anliegen der Liste Eggenstein-Leopoldshafen e.V. und bereits 2007 hat der Gemeinderat auf Antrag der Liste beschlossen, ein Gutachten erstellen zu lassen, um qualifizierte Aussagen darüber zu erhalten, welche Möglichkeiten es dazu gibt. Die Ergebnisse dieser Studie wurden in mehreren Veranstaltungen mit Ökologen, Biologen und Landschaftsarchitekten diskutiert.

Die Durchführung einer möglichen Maßnahme zur Verbesserung der ökologischen Verhältnisse, scheiterte bis dato aber letztlich am Geld. Durch die schon seit längerem geplante Dammsanierung eröffnete sich 2013 jedoch eine neue Möglichkeit der Finanzierung. Als erweiterte Ausgleichsmaßnahme für die Sanierung bzw. Ertüchtigung des Hochwasserdammes XXX konnte man in Verhandlungen mit dem Regierungspräsidium erreichen, dass die Entschlammung der Anbindung des Alten Hafens das Land übernimmt, die Entschlammungsflächen des Hafenbeckens und die Schaffung einer Niedrigwasserrinne hingegen von der Gemeinde bearbeitet wird. Die Maßnahmen wurden gemeinsam durchgeführt und entsprechend aufgeteilt. Die Gesamtkosten belaufen sich auf über eine Million Euro. Dabei entfiel auf die Gemeinde ein Betrag von 416 Tausend Euro. Im Frühjahr 2015 wurde mit der Maßnahme begonnen. Da die Arbeiten in den Vegetationszeiten unterbrochen werden mussten, konnte die Entschlammung erst Ende Dezember 2016 beendet werden, Daher erfolgt die Zahlung erst im Haushalt 2017. Wir sind überzeugt, dass mit der Durchführung dieser Maßnahme und der Entnahme von ca. 80 000 Kubikmeter Schlamm ein erster Schritt getan wurde, dass sich die Situation im Alten Hafen künftig verbessert. Wenn dies aber alles zu einem nachhaltigen Erfolg führen soll, muss auch der restliche Teil des Hafens entschlammt werden und eine Frischwasserzufuhr im östlichen Bereich des Hafens geschaffen werden. Um ein artenreiches Auegewässer zu erhalten, kann diese Maßnahme nur ein Anfang zur Renaturierung des Alten Hafens sein. Aber freuen wir uns darüber, dass ein Anfang gemacht ist. Dafür noch einmal unser Dank an den Hauptamtsleiter Jürgen Ehrmann für seinen unermüdlichen Einsatz in dieser Sache, ohne den dieser Erfolg nicht zu Stande gekommen wäre.

Wie bereits im Haushaltsplan 2016, so sind auch in diesem Jahr 75.000 Euro für die Planung zur Schaffung von zusätzlichen Büroräumen für die Verwaltung vorgesehen. Im letzten Jahr hieß der Titel noch, Rathaus Eggenstein Umbau und Verbesserung und wurde nicht ausgegeben. Wir haben die Hoffnung, dass das ehrlich gemeint ist und man auch ernsthaft eine Sanierung des Rathauses Leopoldhafen in Betracht zieht, statt einer Aufstockung des Seitenflügels am Rathaus Eggenstein. Aus unserer Sicht kann mit vergleichsweise geringem Aufwand die ehemalige Verwaltungsstelle kurzfristig wieder verfügbar gemacht und das Bauamt dorthin ausgelagert werden. Immerhin war dort bis zur Auslagerung nach Maulbronn noch bis vor drei Jahren das Grundbuchamt untergebracht und die komplette Infrastruktur wie Telefon und LAN – Anschlüsse sind noch vorhanden. Das Totschlagargument „Neu bauen ist wirtschaftlicher als sanieren“ lassen wir in diesem Fall nicht gelten. Vor allem stellt sich für uns die Frage, wie lange es dauert, bis trotz Aufstockung beim Rathaus Eggenstein der Platz wieder nicht mehr ausreicht. Was dann? Wo und wie soll dann noch angebaut werden und wie sieht es mit Parkplätzen aus? Und muss man dann nicht ohnedies über den Bau eines neuen Rathauses an einer verkehrsgünstigeren Stelle nachdenken.

Um flächendeckend den Breitbandausbau im Landkreis zu fördern und zu forcieren, hat sich unsere Gemeinde mit 30 Städten und Gemeinden solidarisch gezeigt und sich zum Breit-Band Kabel Landkreis Karlsruhe (BLK) zusammengeschlossen. Der im letzten Jahr vorgesehene Bau eines POP Verteilers in Eggenstein soll nun im kommenden Jahr installiert werden und im Jahr darauf ein zweiter in Leopoldhafen. Die Gründung der BLK und die Erstellung eines Masterplanes waren sinnvoll und haben die Telekommunikationsunternehmen ganz offensichtlich zum Handeln gezwungen, denn mittlerweile wird auch in unserer Gemeinde damit begonnen, leistungsfähige Glasfaser- Anbindungen auszubauen. Damit scheint der Plan aufgegangen zu sein, die öffentliche Hand als Katalysator zu nutzen. Weitere Schritte und Investitionen seitens der Gemeinde sollten nun aber gut überlegt werden.

Eines der größten Vorhaben im Eigenbetrieb Wasser wird in den nächsten Jahren ohne Zweifel der Neubau des Wasserwerkes Tiefgestade und der Austausch der Hauptleitung zum Speicher und Mischbehälter in der Neckarstraße sein. Die Kredite liegen zu Beginn des Haushaltsjahres 2017 bei 3,5 Mio. Euro. Der Gemeinderat hat sich im vergangenen Jahr mehrheitlich dafür ausgesprochen ein neues Wasserwerk zu bauen, anstatt das bestehende Wasserwerke zu sanieren. Dafür sind im Haushalt 300.000 Euro zur Planung vorgesehen. Es ist sicherlich erforderlich, das bestehende Wasserwerk zu sanieren oder wie mehrheitlich beschlossen, neu zu bauen. Aber wie wir schon in den ersten Besprechungen mit dem planenden Ingenieurbüro erwähnt haben, scheint es uns vordringlicher zu sein, statt mit dem Bau eines neuen Wasserwerkers, mit der Sanierung der bestehenden, überdimensionierten Hauptleitung zum Mischbehälter in der Neckarstraße zu beginnen. Diese Leitung ist zum einen für die Fördermenge unseres Bedarfs zu groß, dadurch verringert sich die Fließgeschwindigkeit und das Wasser steht zu lange in der Leitung, was die Gefahr der Verkeimung in sich birgt. Zum anderen sind die Guss- Formstücke durch ihr Alter sehr stark korrodiert und daher besteht die große Gefahr, dass an diesen Formstücken, wie in den letzten Jahren schon öfter vorgekommen, Wasser aus der Leitung austritt.

Im Eigenbetrieb Abwasser müssen in diesem Jahr 790,000 Euro Kredit aufgenommen werden. Dadurch ergibt sich eine voraussichtliche Gesamtverschuldung zum Ende des Haushaltsjahrs 2017 von annähernd 16 Millionen Euro. Die hohen Aufwendungen entstehen hauptsächlich durch die in der Eigenkontrollverordnung vorgeschriebene Befahrung der Abwasserkanäle und der daraus resultierenden Kosten des Sanierungs- und Reparaturplanes. Diese liegen auch in diesem Jahr bei etwas über einer Million Euro.

Ein brennendes Thema ist derzeit der geplante Stromtrassenausbau „380-KV-Netzverstärkung Weinheim-Karlsruhe“. Dazu hat sich eine Bürgerinitiative, Strom – Mast – Frei gegründet, deren Ziel es ist, die seitens der TransnetBW unter anderem in Prüfung befindliche Alternativroute entlang der B36 zu unterstützen. Auch die Liste Eggenstein-Leopoldshafener Bürger ist der Auffassung, nichts unversucht zu lassen, dass die bereits bestehenden Stromleitungen in diesem Zusammenhang auf diese Alternativtrassen verlegt werden. Was wir aber vor allem verhindern müssen, sollte dies nicht möglich sein, ist, dass wir zu der bereits bestehenden Trasse durch das Wohngebiet Viernorgen, eine zusätzliche neue Stromtrasse im Osten entlang der B36 bekommen.

Zum Schluss bedanken wir uns bei Herrn Bürgermeister Bernd Stober, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und natürlich auch bei unseren Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die erneute vertrauensvolle Zusammenarbeit im vergangenen Haushaltsjahr und hoffen, mit Ihnen gemeinsam die schwierigen Aufgaben des Haushaltsjahres 2017 erfolgreich lösen zu können.

Die Liste Eggenstein-Leopoldshafener Bürger e.V. stimmt der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan sowie den Wirtschaftsplänen für die Eigenbetriebe „Wasserversorgung und „Abwasserbeseitigung“ für das Jahr 2017 zu.

Für die Liste Eggenstein-Leopoldshafener Bürger ev.

Wilfried Jahraus